Bezugsgebühr:

Die „Dresdner Nachrichten“ erscheinen täglich Morgens; für Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Spediteure erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.

Die Annahme von Ankündigungen erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle und den Annahmestellen in Dresden bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt“ oder auf Textseite 50 Pfg.

In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif.

Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.

Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Höhere Kochschule und Haushaltungs-Pensionat
von **Sophie Voigt**
Dresden-A., Struvestrasse No. 32, nächst der Lüttichaustrasse.

Der Bandwurm wird innerhalb 3 Stunden abgetrieben durch das Bandwurmmittel*) „Contrataeniam“. Das Mittel erregt keinen Widerwillen und ist frei von unangenehmen Nebenwirkungen. Preis per Flasche 2 Mark. Versandt nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgenthor.
*) Bestandtheile: Concentr. Fluidextrakt von Punica granatum emulgirt mit Ricinusöl.

Schläuche, Klappen, Platten, Ringe, Schnüre, Walzen, Puffer, Riemen aus Gummi, Guttapercha, Asbest fertigt in garantirt haltbaren Qualitäten E. Böhme, Dresden, Ferdinandstr. 13.

Adressmappen, Ehrengaben
Extra-Anfertigungen
Adolf Näter, Pragerstrasse No. 26
Fabrik feiner Lederwaaren.

„Universal“ Dr. med. Wolfermann's neues vervollkommnetes Patent-Bruchband, unerreicht an Sitz und Wirkung und ein Segen für jeden Bruchleidenden. Alleinverkauf bei **M. H. Wendschuch sen.** nur Marienstr. 22b im Gartengrundstück. Sonntags geöffnet von 11–12 Uhr.

Nr. 87. **Spiegel:** Eine Wehrsteuer. Neueste Drahtberichte. Hofnachrichten. Stadtverordnetensitzung. Kaninchenausstellung. Umziehen. Ostermädchen. Geistliche Musikaufführung. Paul Buß. | **Sonnabend, 29. März 1902.**

Alle **Ankündigungen**, welche sich auf am **zweiten Oster-Feiertage** stattfindende öffentliche Veranstaltungen, Concerte 2c. beziehen, bitten wir als Voranzeigen für die 1. Feiertags-Nummer aufzugeben, da am **zweiten Feiertage** eine Nummer nicht erscheinen kann.

Morgen, am **ersten Oster-Feiertage**, bleiben sämmtliche Geschäftsräume geschlossen. Am **zweiten Feiertage** ist unsere Hauptgeschäftsstelle, Marienstraße 38, von Vormittags 11–½1 Uhr geöffnet.

Eine Wehrsteuer?

Je mehr die Bedürfnisse des Reiches auf allen Gebieten steigen und demgemäß die zu ihrer Befriedigung erforderlichen Kosten anwachsen, desto nothwendiger ist es, rechtzeitig neue finanzielle Quellen aufzusuchen, aus denen der Mehrbedarf entnommen werden kann. Es giebt keine schlechtere Finanzpolitik als die, Ausgaben zu beschließen, ohne gleichzeitig für deren Deckung zu sorgen. Fürst Bismarck hat stets dieser Auffassung gehuldigt; er war ein ausgesprochener Gegner sowohl des Auswegs der Reichsanleihen als des der mechanischen Erhöhung der Matrikularumlagen. Die letztere Maßregel zur Deckung von Mehrkosten des Reiches darf namentlich bei der auf diesem Gebiete zwischen Reich und Einzelstaaten herrschenden Spannung jetzt als gänzlich ausgeschlossen betrachtet werden, einerlei, um welche Forderungen es sich auch handle. Demgemäß können es die „Hamb. Nachr.“, denen diese Ausführungen entnommen sind, dem Reichsschatzsekretär nicht verdenken, wenn er neulich in der Budgetkommission des Reichstages dem Verlangen auf Erhöhung des Betrages für Beihilfe an bedürftige Kriegstheilnehmer mit dem Hinweise darauf entgegentrat, daß es nicht möglich sei, die Ausgaben fortwährend zu erhöhen, ohne gleichzeitig für Steigerung der Einnahmen Fürsorge zu treffen. Weniger einverstanden ist dagegen das genannte Blatt mit Herrn v. Thielmann, wenn er, als der Abgeordnete Arendt die Einführung einer Wehrsteuer empfahl, sich dieser Anregung mit dem Hinweise darauf entzog, daß eine Wehrsteuer-Vorlage Anfang der 80er Jahre abgelehnt worden sei. Allerdings sprachen sich in der Kommissionssitzung sofort mehrere Mitglieder gegen die Steuer aus, aber erstens waren die Gründe, die sie anführten, unstichhaltig und zweitens enthebt ein solcher Widerspruch keine Regierung der Welt der Pflicht, einem gesetzgeberischen Projekt, das durchaus vernünftig und ausführbar erscheint, auch in anderen Staaten bereits mit Erfolg verwirklicht worden ist, dennoch näher zu treten, falls dasselbe geeignet erscheint, einem dringenden Bedürfnisse ganz oder theilweise zu entsprechen.

Was gegen die Wehrsteuer prinzipiell vorgebracht wird, beruht auf Fiktion. Man wendet ein, sie widerspreche ihrem Wesen nach der Auffassung, daß die allgemeine Wehrpflicht nicht nur eine Pflicht, sondern auch eine Ehre sei und jedenfalls durch keine Geldaufwendung aufgewogen werden könne. Der Staat habe keinen Entschädigungsanspruch daraus herzuleiten, daß ein Theil seiner Bevölkerung vom Militärdienst frei bleibe, während der andere diesem unterworfen sei; die Wehrsteuer beeinträchtige die ideale Seite der allgemeinen Wehrpflicht. Wenn Jemand dazu berufen sei, Leib und Leben für die Sicherheit des Vaterlandes einzusetzen, und ein Anderer nicht, weil er dazu körperlich untauglich sei, so wäre die Auszeichnung ganz auf Seite des Ersteren und das Unglück auf der des Letzteren; es sei schon traurig genug, daß die Untauglichen jenes vaterländischen Vorzugs verlustig gingen, eine gänzlich unberechtigte Härte gegen sie aber würde es sein, sie für ihre Untauglichkeit auch noch mit Strafe in Gestalt einer Steuer zu belegen. Dies Alles klingt sehr schön und sehr edel, hat aber den Nachtheil, daß es in der Praxis in keiner Weise als zutreffend erwiesen wird. Selbst der patriotischste Deutsche empfindet es nicht als ein Unglück oder eine Ungerechtigkeit, wenn er aus irgendwelchen Gründen vom Militärdienste befreit wird, namentlich mitten im Frieden, wo keine Aussicht ist, die Ehre und die Sicherheit des Vaterlandes mit der Waffe in der Hand vertheidigen zu müssen, und ihm immer die Aussicht bleibt, an einem etwaigen Feldzuge als Ersatzreservist oder Kriegsfreiwilliger theilnehmen zu können. Wir verschmähen es, fährt das Hamburger Blatt fort, die bekannten Prozesse wegen betrügerischer Versuche, sich dem Militärdienst zu entziehen, als Argument für die wahre Beschaffenheit der öffentlichen Meinung in dieser Beziehung anzuführen. Diese Versuche sind und bleiben lediglich eine Schande für ihre Unternehmer und wir sind die Letzten, die ihnen die Bedeutung eines Symptomes beilegen möchten. Wir theilen aber die Meinung, daß Fürst Bismarck richtig in der Volksseele gelesen hat, als er zur Begründung seiner Wehrsteuervorlage u. A. anführte, es habe zu ihr das Gefühl Anlaß gegeben, welches sich des die Muskete tragenden Soldaten bemächtige, wenn er einen seiner Ansicht nach ebenfalls diensttauglichen Nachbar zu Hause bleiben sähe.

Die ganze Idee der Wehrsteuer würde gänzlich indiskutabel sein, wenn die vom Militärdienst verschont Bleibenden wirklich alle erbarmungswürdige Krüppel oder schwachsinnig oder sonstwie erwerbsunfähig wären; das ist aber in keiner Weise der Fall; unter 100, die nicht gedient haben, sind mindestens 90, von denen man sich dies gar nicht erklären kann, die Einem als robuste, stark erwerbs- und genußfähige Leute entgegentreten und die auf die Frage, weshalb sie nicht genommen worden seien, vergnügt lächelnd erwidern: wegen allgemeiner Körperschwäche, oder wegen irgend einer längst ausgeheilten Verletzung in der Kindheit usw. Dagegen bedenke man die Opfer, die ein zur Fahne Einberufener und unter Umständen auch dessen Eltern oder sonstige Verwandte selbst in Friedenszeiten zu bringen haben, wo nicht die Gefahr besteht, daß der Eingezogene vor dem Feinde bleibt oder zum Krüppel geschossen wird. Die Ausgehobenen werden aus ihrem Berufe auf zwei oder drei Jahre herausgerissen, verlieren nicht nur ihren Verdienst und die Möglichkeit ihres Fortkommens innerhalb dieser Zeit, sondern müssen auch, wenigstens in der Mehrheit, noch finanzielle Opfer bringen, um sich die Dienstzeit auch nur einigermaßen erträglich zu gestalten. Von der Truppe entlassen, finden sie ihre Plätze meist nicht nur besetzt, sondern haben auch häufig die Verbindungen verloren, die zur leichten Wiedererlangung neuer Arbeitsgelegenheit führen, und wenn sie solche wiedererlangt haben, stellt die Aussicht der Wiedereinberufung zur Fahne innerhalb gewisser Zeiträume doch auch keine Chance des gleichmäßigen Vorwärtskommens mit Denjenigen dar, die dieser Störung (wegen angeblicher Untauglichkeit zum Militärdienste) nicht unterworfen sind. Alle diese Gründe sprechen dringend dafür, einen Ausgleich zwischen beiden Kategorien herbeizuführen, und da es keinen anderen als den finanziellen giebt und geben kann, bleibt eben nur die Einrichtung einer Wehrsteuer übrig.

Die Ausgestaltung der Steuer ist spätere Sorge. Entscheidend ist neben ihrer prinzipiellen Gerechtigkeit der oben schon erwähnte Umstand, daß eine solche Steuer in mehreren anderen Staaten bereits existirt und sich bewährt hat. In Frankreich besteht sie zum Beispiel in einer festen Taxe von 6 Frcs. per Jahr und einem Zuschlag je nach der Vermögenslage der Befreiten oder ihrer Ascendenten. Ebenso besteht sie in Oesterreich, wo sie 14 Klassen mit Steuerbeträgen von 1 bis 100 Gulden umfaßt; dort wird der Ertrag sehr sinngemäß zur Versorgung von Invaliden, ferner von Wittwen und Waisen der vor dem Feinde gefallenen Soldaten verwendet. Eine derartige Verwendung würden die „Hamb. Nachr.“ auch in Deutschland für die richtige halten und erst die Ueberschüsse zur Befriedigung anderweitiger Bedürfnisse benutzt zu sehen wünschen. Nach dem Bismarckschen Projekte von 1881 sollten jährlich 1 bis 3 Prozent vom Einkommen der Steuerpflichtigen auf die Dauer von höchstens 12 Jahren erhoben werden, abgesehen von einer jährlichen Kopfsteuer von 4 Mk. Der Ertrag wurde damals auf 16 Millionen Mark veranschlagt, jetzt würde er sich auf 20 Millionen Mark oder noch höher belaufen. Das sollte doch in unseren Zeiten der Finanzbedrängniß den leitenden Staatsmännern des Reiches zu denken geben.

Neueste Drahtmeldungen vom 28. März.

Köln. Durch Ablösung beträchtlicher Steinmassen auf der Bahnstrecke Bacharach–Oberwesel wurde in der Nacht zum Donnerstag ein Bahngleis gesperrt. Durch einen weiteren heute früh erfolgten Erdrutsch wurde auch das zweite Gleis unpassirbar. Der Verkehr wird durch Umsteigen an der Unfallstelle bewerkstelligt. Es ist unbestimmt, wann die Verkehrsstörung behoben sein wird.

München. Der Prinz-Regent hat den Direktor der Akademie der Künste Ferdinand v. Miller, Bildhauer und Erzgießer, zum lebenslänglichen Reichsrath der Krone Bayerns ernannt.

Darmstadt. Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen trafen heute Vormittag hier ein und wurden auf dem Bahnhof vom Großherzog herzlich begrüßt.

Würzburg. Der von hier nach Nürnberg abgegangene Güterzug 1962 überfuhr heute früh nach 1 Uhr im Bahnhof Kitzingen das Einfahrtssignal und kam dem ausfahrenden Güterzug 1967 in die Flanke. Ein Spritfaß explodirte, wobei ein Bremser schwer und ein Wagenwärtergehilfe leicht verletzt wurden. Zehn Wagen wurden zertrümmert, weitere fünf mehr oder minder beschädigt. Der Verkehr war längere Zeit gestört.

Paris. Die Deputirtenkammer nahm mit 422 gegen 10 Stimmen einen Antrag auf gesetzliche Festlegung der den Handlungsgehilfen, den im Staats- und Kommunaldienst angestellten Beamten, sowie den in Fabriken, Werkstätten 2c. beschäftigten Arbeitern zu gewährenden wöchentlichen Ruhezeit an.

Paris. Die Kammer nahm die Vorlage betreffend Abänderung einiger Wahlbezirke in der vom Senat beschlossenen Fassung an; die sechsjährige Dauer des Deputirtenmandats wurde wieder beseitigt.

Paris. Die „Agence Havas“ erklärt eine Blättermeldung, nach welcher die japanische Regierung alle ihre in Frankreich weilenden Marineoffiziere infolge der französisch-russischen Erklärung zurückberufen habe, für völlig erfunden.

Venedig. Graf v. Bülow erwiderte im Laufe des gestrigen Nachmittags den Besuch des italienischen Ministers des Aeußeren, bei dem am Abend ein Diner stattfand. Minister Prinetti kehrte heute früh nach Rom zurück. — „Tribuna“ meldet: Die Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem Minister Prinetti trug einen überaus herzlichen Charakter. Da die Aussprache der beiden Staatsmänner nicht zu Ende geführt war, wurde eine weitere Zusammenkunft für Donnerstag Abend 7 Uhr im Grand Hotel bei Prinetti verabredet.

Haag. „Dagblad“ will wissen, daß sich die Königin Wilhelmina in gesegneten Umständen befinde und die Entbindung im September zu erwarten sei. Eine amtliche Bestätigung der Nachricht liegt bisher nicht vor.

London. Die „Times“ meldet aus Schanghai: Die chinesische Regierung hat dem Vicekönig von Canton angewiesen, alle Verhandlungen mit dem französischen Syndikate wegen des Baues der Bahnlinie Canton–Fatschan abzubrechen, da man der Meinung ist, daß durch dieses Projekt die Rechte des amerikanischen Syndikats, mit dem im Jahre 1898 ein Kontrakt in Washington abgeschlossen ist, beeinträchtigt würden.

Curaçao. Die Engländer haben dem Dampfer „Libertador“ (früher Banrigh) befohlen, sofort Port of Spain zu verlassen, ohne Kohlen einzunehmen. Drei venezolanische Kanonenboote erwarten ihn außerhalb der britischen Gewässer, um ihn in ein Gefecht zu verwickeln. Die venezolanische Regierung theilt mit, daß die Aufständischen unter Riera bei Coro völlig geschlagen worden seien.

Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Majestäten der König und die Königin nebst den Prinzen und Prinzessinnen des Königl. Hauses wohnten gestern Vormittag dem Gottesdienste in der katholischen Hofkirche bei. An der Prozession, bei der Mannschaften des Gardereiter-Regiments und des Infanterie-Regiments Nr. 177 Spalier bildeten, nahmen die Prinzen und Prinzessinnen Theil. Zahlreiches Publikum wohnte der Feier bei.

— Ihre Königlichen Hoheiten Prinz Georg und Prinzessin Mathilde besuchten gestern den Kunstsalon der Königl. Hofkunsthandlung Ernst Arnold, Wilsdrufferstraße.

— Die jungen Prinzen Georg und Friedrich Christian statteten gestern Nachmittag auf dem Weißen Hirsch dem Prinzen Waldemar von Preußen einen Besuch ab.

— Mit Schluß dieses Schuljahres trat der auch in weiteren Kreisen als eifriges Mitglied des Vereins für Geschichte Dresdens bekannte Herr Adolf Hantzsch, Oberlehrer an der 1. Bürgerschule, nach 41-jähriger reichgesegneter Lehrthätigkeit in den wohlverdienten Ruhestand.

— Dem Gartenaufseher Herrn Ernst Friedrich Heyde in Dresden hat der Rath das städtische Ehrenzeugniß verliehen.

— Herr Oekonomierath Huth in Glauchau bittet uns mitzutheilen, daß er bei den Landeskulturrathswahlen wieder kandidiren und eine event. auf ihn fallende Wahl annehmen wird.

— Zur Bekämpfung der Auswüchse im Ausverkaufswesen hat das Ministerium des Innern letzthin aus Anlaß von erneuten Klagen darüber ausgesprochen, daß es im öffentlichen Interesse nur erwünscht sein könne, wenn die Betheiligten und namentlich Verbände zur Förderung gewerblicher Interessen von dem ihnen durch das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs gegebenen Rechte der Privatklage nachdrücklich Gebrauch machen. Gleichzeitig hat das Ministerium aber auch die Polizeibehörden angewiesen, ihr Augenmerk auf die Auswüchse im Ausverkaufswesen zu richten und allen Bestrebungen zu deren Bekämpfung innerhalb der Grenzen ihrer Befugnisse Unterstützung zu gewähren.

— **Vorgestern fand im Colditzer Staatsforst, unfern der Ortschaft Collmdorf,** die Feststellung des dort von Waldarbeitern aufgefundenen Leichnams des seit 5 Monaten vermißten Justizraths Dr. Barth statt. Der erste Akt der Exhumirung und Rekognoszirung, zu dem die Amtshauptmannschaft Grimma und der Bezirksarzt Herr Medizinalrath Dr. Kindt die ausdrückliche Genehmigung ertheilt hatten, fand in Gegenwart der Frau Justizrath Dr. Barth, des Abwesenheitsvormundes Herrn Sturm und des Herrn Bruno Ulorich-Leipzig statt, ferner wohnten ihm Herr Oberförster Timaeus und einige andere Herren bei. Nachdem die Feststellung der Persönlichkeit erfolgt war, wurde der Leichnam in einen Sarg gelegt. Die Ueberführung nach Leipzig erfolgte noch Abends. Hierzu bemerken die „Leipz. N. N.“: Es wird uns aus Anlaß der traurigen Katastrophe mitgetheilt, daß die Annahme, der Vater des unglücklichen Dr. Barth sei ebenfalls geistig nicht normal gewesen, nicht zutreffend ist. Wohl aber trat bei dem einzigen Bruder des Verstorbenen der traurige Fall geistiger Umnachtung vor Jahren und zwar gleichfalls in Folge schwerer Ueberarbeitung ein. Dieser Bruder ist heute ganz normal und lebt jetzt als Landwirth in seiner Heimath.

— In der Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag Abend erledigte das Kollegium zunächst die Registranden-Eingänge. Ein Gesuch des Bürgervereins der Wilsdruffer und Seevorstadt um Ausbau der Gärtnergasse von der Güterbahnhof- bis zur Falkenstraße, bezw. um Herstellung eines interimistischen Verbindungsweges, wird vom Rath wegen zu hoher Kosten abgelehnt. Kollegium nimmt von diesem Schreiben Kenntniß. St.-V. Beyer wünscht aber doch im Interesse des Fußverkehrs die von dem genannten Bürgervereine nachgesuchte Verbindung, weist auf deren Nothwendigkeit hin und ersucht den Rath, nochmals zu erwägen, ob die Herstellung der Kommunikation nicht doch möglich sei. — Ein anderweitiges Gesuch des Herrn August Schmidt in Wilsdruff um Anschluß an seine an die Königl. Staatsregierung gerichtete Petition wegen Erbauung einer elektrischen Straßenbahn von Dresden nach Wilsdruff wird vom Rath ebenfalls abgelehnt. Auch von diesem Schreiben nimmt Kollegium Kenntniß und tritt hierauf in die Tagesordnung ein. Es finden zunächst einige Wahlen statt, und zwar werden gewählt: Mit 30 von 47 abgegebenen Stimmen Herr St.-V. Baumaterialienhändler Kretzschmar zum Mitglied des Wahlausschusses an Stelle des verstorbenen St.-V. Füßborn; Herr Kaufmann Rippe, Christianstraße 19, zum Ersatzmann für den Gemeinde-Waisenrath im 6. Bezirk an Stelle des zufolge Wegzugs ausscheidenden Privatmanns Kretzschmar; Herr Kaufmann Arnold, Fürstenstraße 34, zum Mitglied des städtischen Steuerausschusses an Stelle des Kaufmanns M. Barth; Herr Brandversicherungs-Inspektor a. D. Treitschke, Polenzstraße 6, Kantor emer. Demuth, Tauscherstraße 1, und Ingenieur Haate, Ludwig-Hartmannstraße 25, zu Armenpflegern für den neubegründeten 58. Armenpflegerverein; Herr Hotelier Beckert, Augsburgerstraße 7, zum Armenpfleger für den 46. Armenpflegerverein; Herr St.-V. Privatmann Hertzsch zum Mitglied des Ausschusses für die Gemeindewahlen; Herr St.-V. Kaufmann Leupold zum Mitglied des Ausschusses für Sparkasse und Leihamt; Herr St.-V. Kaufmann Möhring zum Mitglied des Ausschusses für Markt- und Gewerbesachen und Herr Schriftführer Realgymnasial-Oberlehrer Dr. phil. Schladebach zum Mitglied des Ausschusses für das öffentliche Beleuchtungswesen. Der nächste Punkt, die Errichtung von eisernen Hallenanbauten an das Ausstellungsgebäude zur Erweiterung der Ausstellungsräume und zur Einrichtung einer ständigen Gastwirthschaft daselbst, bringt eine eingehende Debatte mit sich. Kollegium genehmigte diese Erweiterungsbauten gemäß der Rathsvorlage gegen 10 Stimmen. Die letztere sieht grundsätzlich die Einrichtung einer ständigen Gastwirthschaft im Ausstellungsgrundstücke, die Erweiterung der Ausstellungsräume und die Anbringung kleinerer Veränderungen nach Maßgabe des Bauprogramms vor, bestimmt den von den Architekten Rose und Röhle bearbeiteten Entwurf III zur Ausführung, bewilligt ein Berechnungsgeld von 400 000 Mk. und will die Bauausführungen so vornehmen, daß die neuen Anlagen für die Zwecke der Deutschen Städteausstellung in Gebrauch genommen werden können. Der Referent, St.-V. Hartwig, berichtet in eingehendster Weise und in befürwortendem Sinne über die Rathsvorlage und führt dabei Folgendes aus: Mit der Zeit

Friedrich & Glöckner, Detailverkauf Dresden-A. -Neust. Friedrichst. Lacke, Firnisse, Schnellfr.-Farben, Pinseln u. Lüdtke